



CRPM CPMR

CONFÉRENCE DES RÉGIONS PÉRIPHÉRIQUES MARITIMES D'EUROPE
CONFERENCE OF PERIPHERAL MARITIME REGIONS OF EUROPE

6, rue Saint-Martin - 35700 RENNES (France)
Tél.: + 33 (0)2 99 35 40 50 - Fax : + 33 (0)2 99 35 09 19
Email: secretariat@crpm.org - Web: www.crpm.org

PROTOKOLL DER 37. HAUPTVERSAMMLUNG DER CRPM 1./2. OKTOBER 2009 – GÖTEBORG (VÄSTRA GÖTALAND, SCHWEDEN)

Donnerstag, 1. Oktober 2009

ERÖFFNUNGSSITZUNG

Eröffnung der Arbeitssitzungen der 37. Hauptversammlung der CRPM

Herr Roland ANDERSSON (Västra Götaland) eröffnet die Hauptversammlung mit dem Hinweis auf die zahlreichen europäischen Tagungen und Reflexionstreffen, die in Göteborg vor allem im Rahmen der schwedischen Ratspräsidentschaft statt finden. Er erwähnt die fortzuführende Agenda von Göteborg und die COP 15 der Vereinten Nationen zum Thema Klimawandel, die für Mitte Dezember in Kopenhagen geplant ist und unbedingt zu einem positiven Ergebnis führen müsse. Er plädiert für Makroregionen, wie sie bereits im Baltikum entstehen, und grüßt die CRPM, die immer die richtigen Fragen für die Küstenregionen zu eruieren und sie in die politischen Diskussionen einzubetten wusste. Er würdigt die Arbeit von **Herrn Gizard** und wünscht **Frau Marianou**, die ihn bald ablösen wird, viel Erfolg.

Nachdem er der Region Västra Götaland und ihrem Vorsitzenden gedankt hat, zählt **Herr Martini** die Schwerpunkte auf, auf die im Laufe der zwei Versammlungstage näher eingegangen wird. Er würdigt die bislang effiziente Arbeit der CRPM und wünscht, dass diese Organisation die neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Verhandlungen über Politik und Haushalt nach 2013 vor dem Hintergrund der globalen Wirtschaftskrise energisch anpackt. Er weist noch einmal darauf hin, dass die einzelstaatlichen und europäischen Antworten angesichts einer Krise solchen Ausmaßes nicht ausreichend seien. Hier müssten die regionalen Körperschaften herangezogen werden. Der von der CRPM vorgeschlagene Europäische Territorialpakt zeige genau in dieselbe Richtung. Abschließend teilt er mit, dass die CRPM für die Versammlung von 2010 eine neue Generalsekretärin und auch einen neuen Präsidenten bzw. eine neue Präsidentin haben werde. Das Netzwerk der Regionen, das sich weiterhin auf seine geografischen Kommissionen stützen müsse, stehe auf der Schwelle zu einer neuen Ära.

Das Protokoll der Hauptversammlung von Bayonne und die Tagesordnung der Hauptversammlung von Göteborg werden angenommen.

SESSION 1: VORSCHLAG DER RATIFIZIERUNG DER ERNENNUNG DER GENERALSEKRETÄRIN

Herr Xavier GIZARD (CRPM) schildert noch einmal das Procedere, das für die Einstellung der neuen Generalsekretärin der CRPM befolgt wurde. Die Entscheidung des Politischen Vorstandes von Odessa, **Frau Marianou** dieses Amt anzuvertrauen, legt er der Versammlung zur Ratifizierung vor.

Der Vorschlag wird einstimmig ratifiziert und **Frau Marianou** wird gebeten, vor der Versammlung zu sprechen.

Frau Eleni MARIANO bedankt sich bei den Mitgliedern für ihr Vertrauen. Sie sei sich der Verantwortung bewusst, die sie damit übernimmt. Die CRPM spiele für die Regionen in Europa eine essentielle Rolle und sie möchte die Präsenz und den Einfluss dieses Netzwerkes noch verstärkt sehen. Sie erwähnt die Besonderheit des europäischen Kontexts, zwischen einer auf allen Ebenen der Governance spürbaren Krise, und der noch mit einigen Bedingungen verknüpften Verabschiedung des Vertrags von Lissabon. Weiter betont sie die Bedeutung der kommenden Debatten über die zukünftige Regionalpolitik nach 2013. Diese dürfe nicht zur Anpassungsvariable werden, weil die einzelstaatlichen Haushalte gekürzt worden sind.

Sie erinnert an einige Grundsätze dieser Politik, die auch in Zukunft noch für sämtliche europäischen Regionen gelten werde. Sie stellt die Frage in den Raum, ob diese Politik zur Zeit zufriedenstellend sei, wie man sie ändern und leistungsfähiger machen könnte, auf welche Indikatoren näher einzugehen sei. Diese Debatte müsse sorgfältig vorbereitet werden, und die europäischen Gesprächspartner müssten die Körperschaften in diese Vorbereitungsphase einbeziehen. Nach Ansicht von **Frau Marianou** entspricht der von der CRPM vorgeschlagene Europäische Territorialpakt dem Standpunkt von Präsident Barroso und der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zur Multi-Level-Governance. Der Londoner G20 habe eine tiefgreifende Veränderung der globalen Governance herbeigeführt. In diese neue Governance müssten die regionalen Behörden eingebettet werden. Ohne die Regionen werde es nämlich keine nachhaltige Entwicklung geben. Unter anderem hätten diese die Fähigkeit, eine grüne Wirtschaft zu fördern. Den Regionen komme in der europäischen Entwicklung eine systemische Rolle zu. Die erste Aufgabe des Netzwerkes werde darin bestehen, mit der Präsidentschaft der Kommission strategische Allianzen einzugehen, damit diese die Regionalebene angemessen berücksichtigt.

SESSION 2: VORLAGE DER TÄTIGKEITSBILANZ UND DER ARBEITSPERSPEKTIVEN 2009-2010

Herr Xavier GIZARD geht noch einmal auf die Ziele dieser Versammlung 2009 ein. Hier sollen die Grundzüge der Stellungnahmen für die kommende europäische Planungsperiode nach 2013 bestimmt werden. Dies geschehe vor einem besonderen Hintergrund, denn zum einen sind die institutionellen Veränderungen innerhalb der europäischen Union noch nicht abgeschlossen und zum anderen haben wir mit einer Wirtschaftskrise und mit der Sorge um die schon eingetretenen und noch zu erwartenden klimatischen Veränderungen zu kämpfen. Er betont, dass ab Anfang 2010 dann in enger Verbindung mit der spanischen Ratspräsidentschaft weiter gearbeitet werde.

Er nennt dann die Themen, für die sich die CRPM seit der Hauptversammlung von Bayonne eingesetzt hat. Er schildert die durchgeführten Umfragen zur Krise, die Reflexionsarbeit zur zukünftigen Regionalpolitik trotz der «Verschwommenheit» des europäischen Kontextes, die Arbeit zur internen und externen territorialen Zusammenarbeit der EU, den Einsatz in den Bereichen Verkehr, Landwirtschaft und Energiepolitik. In Sachen Seeverkehr erinnert **Herr Gizard** an die Sitzung mit Kommissar Borg auf den Azoren und erwähnt die Arbeit im Bereich Fischerei. Zur Frage des Klimawandels überfliegt er kurz die Arbeiten mit dem nrg4SD und der *Climate Group* zur Vorbereitung des Termins in Kopenhagen und erwähnt die Vorbereitung einer Stellungnahme der CRPM zum Weißbuch der Kommission über den Klimawandel. Er erinnert an die Reflexionsarbeit zum Thema Entwicklung in Partnerschaft mit der europäischen Entwicklungsplattform der regionalen/lokalen Behörden, zu deren Mitgliedern die CRPM zählt. Er erwähnt auch die Vorbereitung auf den Gipfel von Dakar über die Ernährungssicherung und die zwischen der CRPM und der FAO geknüpften Verbindungen.

Herr Xavier GIZARD schildert weiterhin die Errungenschaften der CRPM im Laufe der zwei vergangenen europäischen Planungsperioden (Wahrung der Regionalpolitik, Schaffung einer maritimen Politik, stärkere Anerkennung der Rolle der Regionen in der Union, Dialog mit den sektorbezogenen GD, Bildung zweier neuen geographischen Kommissionen, nämlich Ostsee und Balkan Schwarzes Meer). Er meint, es wäre gut, wenn Anfang 2010 eine entsprechende Schrift zur Darlegung der Vorschläge der Konferenz (wie bereits 2000 und 2007) veröffentlicht würde.

Er schließt mit ein paar Empfehlungen für die Zukunft ab: Die Mitglieder müssten weiterhin zusammenhalten. In deren Einigkeit liege die Stärke der Konferenz. Etwas wagen, dem Politischen Vorstand und dem Generalsekretariat vertrauen, dem Pioniergeist der CPRM auch auf globaler Ebene treu bleiben, und die Partnerschaft mit dem Ausschuss der Regionen in einem gewandelten institutionellen Rahmen verstärken.

Herr Alfonso VICENTE BARRA (Aragonien) sichert der CRPM die Unterstützung der Region Aragonien zu. Durch die Beteiligung am Netzwerk könne man an der Debatte teilhaben und unter diesen Voraussetzungen habe sich Aragonien für die Steuerung der Arbeitsgruppe über Verkehr und Verkehrsinfrastrukturen angeboten. Wichtig sei die Nähe zu den europäischen Entscheidungszentren. Dazu müssten unter anderem der Schienen- (Personen und Fracht) und der Schiffsverkehr verbessert werden. In diesem Kontext seien die Autobahnen des Meeres ein vorrangiges, über öffentlich-private Partnerschaften zu führendes Projekt. Er hebt außerdem die Bedeutung der Logistik- und Hafenplattformen und der zu nutzenden Verbindungen mit den Ländern aus der Nachbarschaft hervor, und er stellt die Suche nach Lösungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung als ein Schlüsselthema heraus.

Herr Alfonso VICENTE BARRA weist noch einmal darauf hin, dass die Arbeitsgruppe allen Regionen offen steht, die sich von der Thematik angesprochen fühlen. Er erwähnt die nächste Veranstaltung der CRPM zu diesem Thema in Aragonien im Frühjahr 2010. Er weist auf die Bedeutung guter Verkehrssysteme mit guten Anbindungen hin, damit Europa im Zentrum des Welthandels bleibe. Abschließend berichtet er über die Lage in Aragonien und verschiedene wichtige Vorhaben dieser Region.

Diskussion

Der Vertreter der Region Norrbotten erklärt sich zufrieden mit der Arbeit der CRPM, insbesondere bei dem Thema Verkehrsnetze. Er bemerkt, dass es noch viel zu tun gibt, und dass die Mitgliedregionen der Konferenz sich zwar in Randlagen befinden, aber von zentraler Bedeutung für die Entwicklung Europas bleiben, insbesondere was die Infrastrukturen betrifft. Er verweist auf die Tagung des Ausschusses der Regionen, die am kommenden 14. Dezember in Schweden über die territoriale Kohäsion stattfindet, und fordert die betreffenden Mitglieder auf, daran teilzunehmen.

Herr Jérôme POLVERINI (Korsika) weist darauf hin, dass bei den Transeuropäischen Verkehrsnetzen die Inseln scheinbar «übersehen» werden. Die Reflexionsarbeit sei nach Sektor und Verkehrsart gegliedert, es wäre aber sinnvoll, ihr eine multimodale Verkettung zugrunde zu legen.

Herr Claudio MARTINI (Toskana-CRPM) schließt die Session mit der Würdigung des von der CRPM im Laufe der Jahre erreichten Gleichgewichts. Die Balance werde gehalten zwischen den Tätigkeiten und den prospektiven Analysen, zwischen den behandelten Themen, darunter Regionalpolitik, Kooperationen, Küstenlage, Sektorpolitiken, sowie zwischen den politischen Standpunkten und der fachlichen Analyse und schließlich zwischen den Herausforderungen und der Arbeit der geografischen Kommissionen. Dieses besondere und einzigartige Experiment der CRPM solle fortgesetzt werden.

Die Tätigkeitsbilanz wird einstimmig angenommen.

SESSION 3: CHANCEN UND RISIKEN DER GLOBALEN KRISE UND DEREN AUSWIRKUNG AUF DAS EUROPÄISCHE POLITISCHE VORHABEN

Frau Julie GOURDEN (CRPM) präsentiert die Studie, die über die Folgen der Weltkrise für die Regionen in Europa angefertigt wurde. Nach ein paar Worten zur besorgniserregenden Lage der globalen und europäischen Wirtschaft schildert sie die große Vielfalt der Lagen, in denen sich die Regionen befinden. Zur Bekämpfung der Krise haben die Regionen auf Haushalts- und Regulierungsinstrumente zurückgegriffen und neue Governance-Regeln eingeführt, mit denen sie sich eine bessere Einbindung sichern. Was die Verwendung der Strukturfonds angeht, betont **Frau Gourden** dass die Mehrheit der Regionen für eine Verbesserung der Effizienz die Vereinfachung der bereits implementierten Maßnahmen gewünscht haben. Es wäre sinnvoll, die Analyse in den kommenden Monaten mit dem Monitoring und der Evaluierung der Wirkungen der regionalen Belebungspläne fortzusetzen. Zu diesem Zweck werde am 27. November in Marseille ein Seminar über die Antworten der Regionen auf die Krise veranstaltet. Es erscheine von größter Wichtigkeit, dass die Ergebnisse dieses Seminars in der neuen Kohäsionspolitik berücksichtigt werden. Schließlich erinnert **Frau Gourden** daran, dass das Manifest der Regionen «Aus der Krise gestärkt hervorgehen: Ein europäischer Territorialpakt» noch zur Unterzeichnung ausliege.

Herr Rudolf NIESSLER (Europäische Kommission GD Regionalpolitik) begrüßt die Arbeit der CRPM und unterstreicht deren Nutzen für die Kommission, die noch keine genaue Vorstellungen von den Auswirkungen der Krise und den Abwehr-Maßnahmen auf lokaler Ebene habe. Intern werden Berichte über die nationalen Konjunkturbelebungspläne aufgestellt. **Herr Niessler** erkennt die entscheidende Rolle von lokalen und regionalen Initiativen bei der Bekämpfung der Krise und stellt klar, dass regionale Vorschläge in die genannten Berichte einfließen werden müssen. Er begrüßt den Umstand, dass der europäische Konjunkturbelebungsplan bei den Regionen Anklang gefunden hat, unter anderem durch den Abschnitt über die staatlichen Beihilfen, die bereits mehrfach in Anspruch genommen worden sind.

Bezüglich der zukünftigen Kohäsionspolitik im Zeitraum nach 2013 werde im Oktober 2009 eine europäische Konsultation gestartet. Die Regionen werden hier die Gelegenheit haben, ihrer Vorschläge für die neue Kohäsionspolitik vorzubringen. Zu den wichtigsten politischen Herausforderungen für den Zeitraum nach 2013 zähle zunächst die Aufstellung einer Politik, die eine ausgeglichene Entwicklung begünstigt, so dass die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen den Regionen verringert werden können, dann die Aufrechterhaltung eines Instruments, das speziell auf die anfälligsten Regionen zugeschnitten ist, und auch die Beibehaltung von Instrumenten zur Förderung der territorialen Konkurrenzfähigkeit und Kooperation. **Herr Niessler** merkt an, es werde keine Umkämpfung der

Kohäsionspolitik beabsichtigt, sondern die Vereinfachung in der Umsetzung, um eine bessere Effizienz zu erhalten. Er schließt seinen Beitrag mit einem herzlichen Dank an Herrn Gizard für seinen beharrlichen Einsatz.

Herr Günther KRUG (Europarat) begrüßt die Arbeit der CRPM und bedankt sich aufrichtig bei **Frau Marianou** und **Herrn Gizard**. Er weist darauf hin, wie ungeheuer wichtig die Dezentralisierung und das Subsidiaritätsprinzip für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung in Europa sei. Er dankt den Regionen für die positiven Reaktionen auf die europäische Charta für lokale Selbstverwaltung, als ein für die regionale Demokratie juristisch zwingendes Werkzeug. Er erinnert daran, dass die CRPM anlässlich der nächsten Tagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas am kommenden 15. Oktober zur Teilnahme an einen runden Tisch über die territoriale Zusammenarbeit in Europa aufgefordert wurde.

Diskussion

Ein Vertreter von Ostrobothnia weist auf den beachtlichen Mehrwert der Arbeit der CRPM zum Thema Krise und hofft, dass bei dem Seminar von Marseille auch auf die Frage der effizienten Verwendung der Strukturfonds eingegangen wird.

Der Vertreter der Region Midtjylland weist darauf hin, dass seine Region in dieser Krisenzeit vor zahlreichen Herausforderungen stehe und schlägt vor, dass die CRPM bei den Bemühungen um einen Ausweg aus der Krise den Fokus auf zwei Punkte lege. Zum einen auf die Beschäftigung, damit die Arbeitslosen sich auf die neue Nachfrage einstellen können, zum anderen auf die Innovation, die in den Städten, auf dem Land und an den Küsten ein großes Potential besitze.

Herr Desmond CLIFFORD (Wales) setzt die Diskussion fort um darauf hinzuweisen, dass seine Region sich die Rezession «zu Nutzen macht» um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. An KMU vergibt sie zum Beispiel Darlehen zu sehr günstigen Zinssätzen. Die Strukturfonds bedürfen einer Umorientierung nach Beschäftigung und Investitionen. Schließlich müssten die langfristig wirksamen Maßnahmen bevorzugt werden.

Der Vertreter von Asturien erinnert daran, dass eine Querschnittsvision aller europäischen Fonds nötig sei, um einen wirksamen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung zu erreichen.

Abschließend macht **Herr Claudio MARTINI** darauf aufmerksam, wie wichtig der Einsatz der Regionen für die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Krise und wie schwierig die Berücksichtigung der spezifischen Merkmale der einzelnen Gebiete sei. Auf die Regionen warte eine gewaltige Aufgabe, denn die Prognosen über einen Ausweg aus der Krise seien nicht sehr günstig.

SESSION 4: FÜR EINE AKTIVE BETEILIGUNG DER EUROPÄISCHEN REGIONEN AN EINE ENTWICKLUNGSFÖRDERNDE GLOBALISIERUNG, EIN TERRITORIALPAKT

Präsident **Claudio MARTINI** betont wie dringend die Regionen zusammenhalten müssen, um die Krise zu meistern. Diese scheinbar paradoxe Situation könne durch die Einführung von wirksameren Dialogbedingungen überwunden werden. Genau darauf setze der von der CRPM vorgeschlagene Territorialpakt. Dieser Pakt sollte als politische Vereinbarung von den Regionen und der Kommission unterzeichnet werden, auf deren Grundlage die Regionen zu einer konkreteren Einbeziehung in die Entscheidungen im Zusammenhang mit den Antworten auf die Krise gelangen werden. Er ruft also die Regionen zur Unterzeichnung dieses von der CRPM vorgelegten Paktes auf.

Frau Julie GOURDEN präsentiert die Sachnotiz «Aus der Krise gestärkt hervorgehen: Ein europäischer Territorialpakt» und erklärt, dieses Papier sei das Ergebnis aus dem Analyseverfahren, das anlässlich des Seminars von Sevilla im Januar 2008 über die Zukunft der Regionalpolitik nach 2013 gestartet wurde. Die gegenwärtige Krise bestätige und bestärke die Einstellung der CRPM zur Regionalpolitik als zu einer Politik, die dazu bestimmt ist, die Potentiale der Regionen zu maximieren. Es wurde ebenfalls bestätigt, dass die Regionalpolitik für die Gesamtheit der Regionen der EU gelten soll. Dies decke sich mit dem Bericht von Professor Barca.

Ausgehend von den Schlussfolgerungen von Sevilla wird vorgeschlagen, auf folgende zwei Fragen näher einzugehen: Die Ebenen, auf denen man am besten tätig werden könnte, und die Gouvernance.

Die thematischen Prioritäten sollten territorial umgesetzt werden und dabei sollten innovative Praktiken bevorzugt werden, vor allem im Bereich Beschäftigung/Ausbildung. Zu diesem Zweck sei eine grundlegende Reflexionsarbeit zur Verwaltung des ESF erforderlich.

Frau Gourden beendet ihren Beitrag mit dem Verweis auf die notwendige Abstimmung der Gouvernance-Ebenen zum einen auf die subregionale und zum anderen auf die transnationale/zwischenregionale Komponente, und stellt den Gedanken einer Umsetzung des Paktes auf vertraglicher Basis in den Raum.

Herr Jöran HAGGLUND – Generalsekretär für die Vorhaben des Königreichs Schweden und Vertreter der schwedischen Präsidentschaft, betont gleich zu Beginn, wie wichtig und sinnvoll der Dialog mit Organisationen wie die CRPM für die Einzelstaaten sei. Er erinnert daran, dass wir nicht nur eine wirtschaftliche und finanzielle Krise zu bewältigen haben, sondern auch noch eine Klimakrise, die eine weltweite Koordinierung erfordere.

Er meint, die aktuelle Krise solle als Gelegenheit betrachtet werden, unsere Wirtschaften neu zu beleben und sie in eine «ökologisch wirksame» Richtung zu führen, und er weist darauf hin, dass die EU mit Blick auf die größtmögliche ökologische Wirksamkeit die Klimakrise global angegangen sei.

Zur Bewältigung der Krise seien mehrere Bedingungen zu erfüllen. Zunächst müssten alle am selben Strang ziehen, dann seien Wechselwirkungen und Synergien zu nutzen, und dafür seien die entsprechenden Verfahren und Kontakte zu vereinfachen. Gleichzeitig sollten die Grundprinzipien der Verwaltung der Strukturfonds bewahrt und die Partnerschaft zwischen der nationalen und der regionalen Ebene ausgebaut werden. Er unterstreicht schließlich die Bedeutung der territorialen Kooperationen und die Notwendigkeit, sich auf die Potentiale der Gebiete jeder Region zu stützen.

Diskussion

Frau Rinske KRUISINGA (Noord-Holland) unterstreicht die Zweckmäßigkeit der Nutzung des territorialen Potentials nach dem Vorbild des Ostseeraumes, für den das Meer schon immer der wichtigste Kohäsionsfaktor war. Ihrer Meinung nach werde der makroterritoriale Ansatz in Zukunft für die Kohäsion entscheidend sein.

Herr Wulfran DESPICHT (Nord-Pas de Calais) meint, die Weiterentwicklung der territorialen Kohäsion werde unsere Chancen verbessern, einen Ausweg aus der Krise zu finden, sofern die verfügbaren Werkzeuge revidiert und angepasst werden. Es müssten rasch neue Werkzeuge der territorialen Kohäsion bestimmt werden, um die Weichen der territorialen Zusammenarbeit zu stellen. Er wirft die wesentliche Frage der Ausbildung der Akteure auf, mit dem Verweis auf das in der Region Nord-Pas de Calais eingerichtete europäische Institut für territoriale Zusammenarbeit.

Herr Michael COOK (South of Scotland Alliance) hebt die Berührungspunkte zwischen der Session 3 und der Session 4 hervor. Er bittet auch die neue Generalsekretärin, sich mit der Frage der Kommunikation und der Übermittlung von Unterlagen zwischen dem Generalsekretariat und den Mitgliedregionen zu befassen.

Frau Paula CUNHA (Lisboa e Vale do Tejo) hat zwei Anliegen: Durch Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften soll die Zusammenarbeit verbessert und in einer Zusammenfassung der Papiere zum Thema Innovation soll das Augenmerk auf die soziale Dimension gelenkt werden.

Herr Tony FITZPATRICK (South of Scotland Alliance) bittet um eine erweiterte Zusammenarbeit beim zukünftigen Markt für CO₂ Emissionen.

Herr Claudio MARTINI schließt die Session und bedankt sich noch einmal bei **Herrn Jöran Hagglund**.

POLITIKEN FÜR EINEN AUSWEG AUS DER KRISE: FORSCHUNG UND INNOVATION

Zur Einführung betont **Frau Annika ANNERBY JANSSON (Schonen)** dass die Krise je nach Region unterschiedliche Ausmaße annimmt, dass aber alle davon betroffen sind. Es sei wichtig, bei den Antworten auf die Krise die spezifischen Hintergründe einer jeden Zone zu berücksichtigen und dabei auf die wesentliche Rolle der Innovation aufmerksam zu machen.

Sie ist der Meinung, allen Gebieten müsse geholfen werden, zwischen Innovation und Strukturierung der Gesellschaften gebe es enge Verknüpfungen, und genauso seien in Europa deutliche Unterschiede in Bezug auf Innovation zu verzeichnen. Sie hebt hervor, Kreativität entfalte sich richtig in den Systemen, die bei der Ausbildung mehr auf Gleichheit setzen, aber auch weitere Umstände wie Besteuerung und Mobilität würden sich dabei günstig auswirken.

Am Beispiel der Region Schonen – die dank der Unterstützung der Industrie und der privaten Forschung in Sachen Innovation in Europa an sehr guter Stelle steht – zeigt sie auf, dass eine entschlossene und energische Politik der Innovation und der Technologie aufgestellt werden muss, die auf der Mitwirkung aller Akteure

in einer gemeinsamen Struktur gegründet. Die CRPM müsse sich im Rahmen der künftigen Regionalpolitik unbedingt mit diesen Aspekten auseinandersetzen.

Herr Damien PÉRISSÉ (CRPM) zeigt auf, welche Verbindungen zwischen der Tätigkeit der CRPM im Bereich Regionalpolitik, maritime Politik und Energiepolitik und dem Europäischen Forschungsraum bestehen.

Er kündigt die Bildung einer neuen Arbeitsgruppe zum Thema Forschung an. Den Vorsitz übernehme die Region Midi-Pyrénées, und alle Regionen seien zur Mitwirkung aufgerufen.

Herr Alain BÉNÉTEAU (Midi-Pyrénées) erinnert an die Bedeutung der Forschung für die CRPM. Er beschreibt die Gestaltung von Forschung/Innovation in der Region Midi-Pyrénées und geht besonders auf die Verbindung zwischen Innovation und Raumordnung ein. Die regionale Innovationsstrategie gelte also als ein förderierendes Instrument für die Gebiete. Der regionale Konjunkturbelebungsplan von Juni 2009 lasse diese Orientierung erkennen und Herr Bénétéau werde sich dafür einsetzen, dass seine Region den von der CRPM vorgeschlagenen Territorialpakt unterzeichne. Er meint, Innovation solle ein Kernstück des Aufschwungs sein und dieses Thema müsste breiter angegangen werden, zum Beispiel durch Abdeckung des sozialen, gesellschaftlichen und Verhaltensbereichs. Er möchte, dass die Innovation und die dazugehörigen Leitlinien einen zentralen Platz im zukünftigen Projekt Europa einnehmen.

Er meint, es solle eine ausführliche Reflexionsarbeit zur Rolle der Regionen im europäischen Forschungsraum geben. Seiner Meinung nach sollte die CRPM zunächst über ihren wissenschaftlichen Rat an dieser Reflexion teilnehmen. Dieser sollte sich mit Fragen befassen wie die politische Zukunft des europäischen Forschungsraums, die territoriale Bilanz der europäischen Forschungshilfe und die Komplementarität von Exzellenz und Kohäsion, die Einbeziehung der regionalen Behörden in das Programm «Regionen des Wissens» und die Synergien zwischen den Regionen und strukturierende Initiativen wie die Exzellenz-Netzwerke, die Infrastrukturen des ESFRI (europäisches Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen), oder die europäischen Technologie-Plattformen. Zu diesem Zweck fordert er die Regionen dazu auf, sich der vorhandenen Arbeitsgruppe anzuschließen.

Diskussion

Herr Gabriel AMER (Balearen) spricht das Problem der Inseln an. Dort würden die Aspekte der Forschung/Innovation immer mehr an Bedeutung gewinnen, unter anderem im Bereich Tourismus, Umwelt und sozialer Wohlstand. Er meint, die Regionen sollten 5% ihres BIP für Forschung und Innovation aufwenden. Der Fremdenverkehr müsse an den neuen globalen Kontext angepasst werden. Ein neues Tourismus-Modell sei notwendig, gestützt auf Cluster, wie es sie in vielen Bereichen gibt. Das alles sei übrigens nur mit den europäischen Beihilfen möglich.

Der Vertreter von Västerbotten äußert die Meinung, dass die Bindungen zwischen Regionen und Universitäten nicht stark genug sind, und dass sie deutlicher herausgestellt werden müssen.

Herr Jerker JOHNSON (Ostrobothnia) fragt sich, wie man den Trend zur Konzentration vermeiden könnte. Am Beispiel von Finnland, einem Land, in dem die Universitäten sehr dezentralisiert sind, zeigt er auf, dass Regionen mit Universitäten gut zurecht kommen.

Herr Tony FITZPATRICK (South of Scotland Alliance) schätzt den Gedanken, mehr Innovation in die ländlichen Zonen zu bringen, und der Innovation in den Überlegungen zur GAP mehr Platz einzuräumen. Er befürchtet dabei eine zu starke Ausrichtung nach den Finanzmitteln und plädiert für das Herbeiführen eines Synergieeffektes unter den Projekten, damit alle existierenden Fonds herangezogen werden können.

POLITIKEN FÜR EINEN AUSWEG AUS DER KRISE: HUMANKAPITAL, BESCHÄFTIGUNG, BILDUNG UND AUSBILDUNG

Frau Anne Marie COCULA (Aquitanien) frischt einige Definitionen auf und betont, dass geeignete Antworten gefunden werden müssen. Die Regionen seien nämlich heutzutage als Gebiete mit mehrfachen Dimensionen zu betrachten, die in Partnerschaft mit den Staaten zur Bewältigung der Krise fähig sind.

Zu den wichtigsten Stärken der Regionen zählt sie das Humankapital und die Reaktionsfähigkeit.

Die Krise müsse auch in einer zeitlichen Perspektive betrachtet werden. Sie sei nicht völlig neu, es habe auch schon früher Notlagen gegeben – unter anderem soziale – und diese frühere Situationen haben Lösungen erzwungen, die nun als Grundlagen für den Ausweg aus der Krise dienen müssen. Mit diesem Thema sollte sich die Arbeitsgruppe «Soziale Eingliederung» eingehend befassen.

Hier gehe es darum, Erschütterungen abzdämpfen, Schwierigkeiten vorzusehen und sich die Berufe der Zukunft vorzustellen. Zu den Prioritäten seien vor allem die Suche nach Kreativität, die Methoden und Vorgehensweisen im Zusammenhang mit den Universitäten und eine bessere Pädagogik zu zählen. Auch die Begleitung von empfindlich reagierenden Menschen, die Förderung des Austauschs und die Zusammenlegung von Berufserfahrungen seien als vorrangige Leitlinien zu betrachten.

Frau Elizabeth MORIN-CHARTIER (europäisches Parlament) stellt vorab fest, dass für das europäische Parlament der Mensch im Mittelpunkt stehe. Man dürfe den Hintergrund der Krise nicht aus den Augen verlieren. Insbesondere müssten die demographischen Aspekte, die Beschleunigung der wirtschaftlichen und technischen Umbrüche und der Vormarsch der sogenannten «BRIC-Länder» (Brasilien-Russland-Indien-China) beachtet werden. Dies seien die Rahmenbedingungen, unter denen sich Europa festigen müsse und Krisen seien ein notwendiges Beschleunigungsmittel für Europas Anpassung. Europa habe übrigens bereits mit Regulierungspolitiken zur Stabilisierung der Gleichgewichte reagiert.

Danach kommt **Frau Elizabeth MORIN-CHARTIER** auf die Bedeutung des Lissabon-Vertrags zu sprechen, dessen Bestimmungen uns helfen werden, uns den Herausforderungen zu stellen. Mit diesem Verfassungsvertrag wird unter anderem der Kurs auf die Wissensgesellschaft eingeschlagen und diese praktische Umsetzung müsse zum größten Teil auf der Ebene der Regionen geschehen, denn dort liege die Effizienz.

Im Bereich Ausbildung gehe es darum, die Mehrheit zum Erfolg zu bringen, und damit passende und individuelle Antworten anzubieten. Hauptsächlich seien hier drei Ziele zu verfolgen: Die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer, deren Mobilität und die «aktive» Eingliederung der Bevölkerungen die hohen Risiken ausgesetzt sind.

Um die Krise wirksam zu bekämpfen, müssten die vorhandenen Werkzeuge – allen voran der ESF – mobilisiert und vereinfacht werden, und die Bewilligung der finanziellen Vorschüsse müsste beschleunigt werden. Ein besonderer Akzent sei auch auf die Fortbildung und die Validierung von Berufserfahrung zu legen, wobei dies im Rahmen eines gefestigten Sozialdialogs stattfinden müsse.

Sie beendet ihren Beitrag mit dem Hinweis darauf, das europäische Parlament habe bereits entsprechende Schritte unternommen, indem der Globalisierungsfonds umgeleitet wurde in einen Umschulungsfonds für die Arbeitnehmer aus den Sektoren, die von der Krise am stärksten betroffen sind, und sie plädiert für eine bessere Beschäftigungsfähigkeit.

In ihrem Beitrag hebt **Frau Annika ANNERBY JANSSON (Schonen)** die Bedeutung der Arbeitsgruppe zur sozialen Eingliederung hervor. Ganz besonders macht sie darauf aufmerksam, dass die Maßnahmen zugunsten der Migranten unzureichend seien. Sie bittet die anwesenden Regionen sich dieser Arbeitsgruppe anzuschließen.

Herr Guy CLAUSSE (EIB) schildert, wie sich die Bank für die Regionen - vor allem für die am wenigsten entwickelten -, die Verkehrsnetze und die Stärkung des Humankapitals eingesetzt hat. Als die drei Hauptinstrumente dafür zählt er die Kofinanzierungen, die Unternehmensberatung und das finanzielle Engineering auf, und betont wie hilfreich diese bei der Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten sein können.

SITZUNG DES POLITISCHEN VORSTANDES DER CRPM

Das Protokoll der Vorstandssitzung von Odessa wird verabschiedet.

1- Finanzielle Entscheidungen: Annahme des Haushaltsplans 2010 und finanzielle Lage im laufenden Jahr

Herr Yves MORVAN, Vorsitzender des Verwaltungsrates der CRPM, legt die Bücher für das Jahr 2008 vor, gibt Auskunft über den aktuellen Stand für 2009 und schlägt den Haushaltsplan für 2010 vor.

Herr Morvan weist darauf hin, dass es im Jahr 2009 keine Beitragserhöhung gab (außer Inflationsausgleich) und dass die voraussichtlichen Defizite im Verhältnis zu den verfügbaren Rücklagen und der Summe aller Budgets gering ausfallen. Aufgrund mehrerer Neuzugänge habe es höhere Einnahmen gegeben, aber die finanziellen Erträge seien zurückgegangen. Die Ausgaben seien so gut wie möglich angepasst worden und das Defizit dürfte etwa € 22.000 betragen, nicht € 26.000 € wie ursprünglich angenommen.

Für das Jahr 2010 werde im Haushaltsplan von einer Beitragserhöhung um 1,2 % ausgegangen (europäische Jahresinflation). Die Erträge belaufen sich insgesamt auf € 3.267.763 und die Kosten auf insgesamt € 3.318.312. Nach Auflösung der zweckgebundenen Mittel ist das Ergebnis mit -58.055 € voraussichtlich negativ.

Herr Morvan erklärt, es gäbe eigentlich vier Haushalte, einen allgemeinen, den Haushalt der Kooperationsprojekte, den für die Netzwerke und den für die geografischen Kommissionen. Von den geografischen Kommissionen seien Atlantikbogen, Intermediterrane, Balkan & Schwarzes Meer sowie Nordsee ausgeglichen bzw. im Plus. Die Insel- und die Ostsee-Kommission weisen Defiziten auf, die zum Teil vom allgemeinen Budget aufgefangen werden. Das Enddefizit für 2010 werde wahrscheinlich geringer ausfallen, oder der Haushalt könnte sogar ausgeglichen sein, «wenn die Dinge sich gut entwickeln».

Diskussion

Garantieren, dass die Mitgliedregionen auch tatsächlich ihre Beiträge entrichten, wäre eine Möglichkeit, wie man das Defizit auffangen könnte, meint **Frau Christel LILEJSTRÖM (Itä-Uusimaa/BSC)**. Die Regionen, die sich auf den Mitgliedstatus berufen, seien auch an die Satzung der Konferenz gebunden. Wäre es nicht zu einfach, wenn man Mitglied in einem Netzwerk sein könnte, ohne jemals zu dessen Finanzierung beizutragen?

Sie macht auf einige Regionen im Baltikum aufmerksam, die von der Krise sehr stark betroffen sind, und deshalb vielleicht für ihre Beiträge nicht aufkommen können. In diesem Fall würde sie es begrüßen, wenn man das Solidaritätsprinzip anwenden würde. Wäre es möglich, diesen Regionen die 1,2-prozentige Erhöhung zu erlassen?

Zum FOGAR meint sie, das Budget weise diesbezüglich Unklarheiten auf. Man könne nicht wissen, wie hoch der Arbeitsaufwand für dieses Netzwerk sein wird. Laut Planung sollte das FOGAR ab 2010 unabhängig sein. Wie sieht es damit aus? Sie möchte außerdem wissen, zu welchem Zeitpunkt die CRPM die Entscheidung getroffen hat, Mitglied im FOGAR zu sein.

Herr Leslie ANGUS (Shetland) stimmt den Bemerkungen von **Frau Liljeström** zu und meint auch, das Budget sei bezüglich des FOGAR nicht klar. Er bemerkt außerdem, dass die Höhe der Rücklagen (€ 800.000 am heutigen Tage) nicht mit den in der Organisationscharta der CRPM vorgeschriebenen 60% des Gesamtbudgets übereinstimmt.

Herr Rainer KOSMIDER (Mecklenburg-Vorpommern) schließt sich **Frau Liljeström** mit ihren Fragen zum FOGAR an. In der Sitzung des Politischen Vorstandes von Odessa sei gesagt worden, dass die CRPM nur bis Ende 2009 einen Beitrag zum Haushalt des FOGAR leisten würde, und nun werde das mit dem vorgelegten Haushaltsplan widerlegt. Seiner Meinung nach habe es keinerlei Entscheidung über den Beitritt zum FOGAR gegeben, die diesen finanziellen Beitrag rechtfertigen würde. In diesem Punkt wirft er dem Haushalt mangelnde Klarheit vor.

In bezug auf die Beiträge der Mitgliedregionen der CRPM schlägt **Herr Rainer Kosmider** vor, die Entwicklung der globalen Wirtschaftslage und das Einfrieren von zahlreichen regionalen Budgets zu berücksichtigen. Er schlägt vor, die Erhöhung um 1,2% im Jahr 2010 ausfallen zu lassen. Wenn dies nicht möglich sei, sollte der Politische Vorstand überlegen, wie man ab 2011 diesen neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten begegnen könnte.

Er schlägt ebenfalls vor, die für das FOGAR geplanten 10.000 € aus dem Budget 2010 zu streichen.

Herr Piero DI MAGGIO (Sizilien) erwähnt die Arbeitsgruppe «Tourismus» der CRPM, die seit 2007 finanzielle Unterstützung von der Konferenz erhalte. Er möchte, dass die CRPM Mittel bereitstellt, um den Einsatz von Fachleuten zu ermöglichen (circa 25.000 €).

Herr Henning GJELLEROD (Midtjylland) teilt den Frust einiger Vertreter, was die mangelnde Klarheit bestimmter Haushaltsposten angeht. Wenn man einen Haushaltsplan vorlegen soll, der den Ausgleich anstrebt, müsse der im Vorfeld ernsthaft diskutiert werden. Ein Defizit könne es immer geben, aber man solle bei der Ausarbeitung des Plans um den Ausgleich bemüht sein.

Herr Alex MACDONALD (Western Isles/CDI) bittet um Erläuterungen über die Bedingungen für den Ausschluss einer Region: Nach wieviel Jahren ohne Beitragszahlungen werde eine Region von der Liste der CRPM-Mitglieder gestrichen? Er erwähnt den Fall einer (immer noch zu den Mitgliedern gehörenden) Region, die seit 2004 nicht mehr bezahlt hat.

Herr Claudio MARTINI weist darauf hin, es sei immer möglich, einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorzulegen, aber dass man mit einer realistischen Sicht der Dinge und einem schrittweisen Vorgehen zu einer Aufstellung gelangt, die so nah wie möglich an die tatsächliche Ausführung herankommt. Er möchte, dass man gemeinsam nach Lösungen sucht, die für alle zufriedenstellend sind. Er fordert die **Herren Gizard und Morvan** dazu auf, auf die Wortmeldungen der Mitglieder zu antworten.

Auch **Herr Yves MORVAN (Verwaltungsrat der CRPM)** erklärt, dass man tatsächlich einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorlegen könnte, aber mit realistischen Zahlen würde man den ehrlicheren Weg gehen. Er weist noch einmal auf die Geringfügigkeit des Defizits im Verhältnis zum Gesamthaushalt hin. Die Bemerkungen dazu würden natürlich für die Aufstellung der zukünftigen Haushaltspläne berücksichtigt werden, versichert **Herr Morvan**, es gehe aber darum, eine ehrliche und tatsächengetreue Darstellung zu haben. Er bestätigt, dass die Höhe des Reservefonds wirklich nicht mehr als 60% des Budgets ausmacht, aber immer noch einem ansehnlichen Betrag entspricht.

Herr Jacques BOULAU (Verwaltungsrat der CRPM) erinnert daran, dass die laufenden Budgets grundsätzlich bei jeder Vorstandssitzung und bei jeder Versammlung erläutert werden. Er schlägt vor, diese Praxis mit der neuen Generalsekretärin beizubehalten. Diese werde regelmäßig den Vorstand informieren, der zu prüfen hat, dass es keine Ausrutscher gibt, und dass alles normal läuft. **Herr Morvan** bestätigt, es werde bereits so verfahren (Vorlage der Bücher bei jeder Vorstandssitzung), aber wahrscheinlich könnten noch Verbesserungen eingeführt werden. Auf die Erhöhung der Beiträge um 1,2% für 2010 zu verzichten würde bedeuten, mit der aktuellen Praxis des Netzwerkes zu brechen und würde erhebliche Änderungen im Haushalt verursache, aber dies sei eine politische Entscheidung und liege bei der Versammlung.

Herr Xavier GIZARD erinnert daran, dass tatsächlich bei jeder Tagung des Politischen Vorstandes über den neuesten Stands des Haushalts berichtet wird und dass die entsprechenden Informationen den Vorstandsmitgliedern spätestens zwei Wochen vorher zugeschickt werden. Was der eventuelle Ausschluss von Regionen betrifft, wird die tatsächliche Zahlungsfähigkeit eines säumigen Mitglieds von Fall zu Fall vom Generalsekretariat beurteilt. Es sei manchmal angebracht, Regionen mit vorübergehenden Zahlungsschwierigkeiten unter die Arme zu greifen. Bis jetzt sei dies möglich, weil die Kassenlage des Netzwerkes dies erlaube. Sollte sich die Lage verschärfen, müsste man viel strenger vorgehen. Er ruft den Teilnehmern ins Gedächtnis, dass 1995 die Hälfte der fälligen Beiträge erst im Jahr darauf einging. Mittlerweile gebe es zwei oder drei schwierige Fälle pro Jahr, während die Anzahl der Mitgliedregionen auf das Doppelte gestiegen sei.

Zur Frage der notwendigen Solidarität mit den Regionen die am meisten unter der Krise leiden, nennt er den Fall der Region Klaipeda, die ausnahmsweise nur 50% des für 2010 fälligen Beitrages zahlen werde. Er nennt auch zwei estnische Regionen (Ida-Virumaa und Pärnumaa), die im Jahre 2010 zusammen nur einen Beitrag zahlen werden.

Zur Frage der Region Sizilien über den Sachverstand meint er, dass heutzutage die Arbeitsgruppen des Netzwerkes tatsächlich mehr Unterstützung von Fachleuten gebrauchen könnten, und dass man für die Zukunft darüber nachdenken sollte.

Was die Erhöhung um 1,2% betrifft, sei dies die übliche Praxis für das Netzwerk.

Was den Reservefonds betrifft, bestätigt **Herr Gizard**, dass die in der Organisationscharta angegebene Quote nicht eingehalten wird. Wenn es aber so wäre, würden die Rücklagen übertrieben hoch sein und man müsste von den Mitgliedern des Netzwerkes zusätzliche 600.000 € verlangen. Er schlägt vor, dass ab 2010 Überlegungen zu einer Anpassung der Charta angestellt werden.

Bezüglich des FOGAR macht er darauf aufmerksam, dass die Frage der Mitgliedschaft im Forum in den Vorstandssitzungen von Februar und Juni 2007 gestellt wurde und dass dieser Mitgliedschaft zugestimmt wurde. Für das Jahr 2009 habe sich die CRPM mit € 9.587 am FOGAR beteiligt (Beschluss der Hauptversammlung von 2008 in Bayonne) und die restlichen Beträge (113.000 €) stellen sich aus den zusätzlichen Beiträgen der Regionen der CRPM und den europäischen und einzelstaatlichen Subventionen zusammen. Die dem FOGAR bereitgestellten Mittel kämen der CRPM zugute, und nicht umgekehrt.

Er teilt mit, dass das FOGAR ab 2011 in Genf angesiedelt sein wird. Es sei wünschenswert, dass die CRPM dem FOGAR im Jahr 2010 Arbeitszeit ihres Personals zur Verfügung stelle, gerade um das Defizit der CRPM zu verringern.

Herr Rainer KOSMIDER (Mecklenburg-Vorpommern) weist nachdrücklich darauf hin, dass die Informationen über das FOGAR nicht transparent sind. Er verstehe nicht, warum das Personal der CRPM

für das FOGAR arbeiten sollte. Er bleibt bei seinem Vorschlag, die im Jahr 2010 für das FOGAR angesetzten 10.000 € nicht zu zahlen.

Frau Christel LILJESTRÖM (Itä-Uusimaa/BSC) teilt mit, sie habe nicht alle Informationen zum Budget bekommen, und meint die Situation sei nun aufgrund der Erläuterungen klarer, insbesondere mit Blick auf das FOGAR-Budget. Sie spricht sich gegen den Ausschluss von Mitgliedern aus, aber möchte eine Möglichkeit finden, Problemfälle genauer einzuschätzen, damit nicht der Eindruck entstehe, ein großzügiger Umgang mit säumigen Zahlern sei die übliche Praxis.

Frau Marjatta VEKKAJA (Ostrobothnia) sei in der Angelegenheit mit dem FOGAR noch einiges unklar. Darüber hinaus fordert sie zur Vorlage eines ausgeglichenen Haushaltsplans auf, der durch Herabsetzung aller geplanten Ausgaben um 2,6% (voraussichtliches Defizit) erreicht werden soll.

Herr Poul MÜLLER (Midtjylland) meint, durch den Verzicht auf den Aufwand für das FOGAR würden die Kosten gesenkt und der Ausgleich hergestellt.

Herr Xavier GIZARD antwortet, die CRPM begleite seit 2003 globale Netzwerke, es ginge hier um eine politische Entscheidung. Wenn die CRPM einen Sitz (bzw. mehrere Sitze) im FIPOL, aber nicht in der IMO hat, liege es daran, dass die internationale Seeschiffahrtsorganisation keine kontinentalen, sondern nur globale Netzwerke zulässt. Diese neue Realität müsse berücksichtigt werden. Die CRPM habe lange Zeit das nrg4SD unterstützt. Das FOGAR unterstütze sie erst seit kurzem, und das Netzwerk werde sehr schnell bei europäischen und vor allem internationalen Partnern glaubwürdig.

Herr Philippe CICHOWLAZ (Provence-Alpes-Côte d'Azur) kommt noch einmal darauf zurück, dass es sich um vier verschiedene Budgets handelt, wie bereits von Herrn Morvan erläutert. Wenn der gemeinsame Haushalt so nicht bewilligt werden könne, schlägt er vor, ihn aufzuteilen (allgemein, Projekte, Netzwerke, einzelne geografische Kommissionen) und die Budgets eines nach dem anderen zu verabschieden. Das allgemeine Budget der CRPM sei somit positiv, und die geografischen Kommissionen, die roten Zahlen schreiben, müssten sich um den Ausgleich bemühen.

Herr Claudio MARTINI schlägt eine Synthese der Diskussion vor. Er stellt fest, die Regionen (einschließlich der Toskana) verlangen eine Verpflichtung zu ausgeglichenen Bilanzen ab dem Jahr 2011. Die Mitglieder und das Generalsekretariat werden nach dem richtigen Weg suchen, um dies zu bewerkstelligen. Der Haushalt 2010 wird so eingetragen wie vorgelegt, aber die CRPM verpflichtet sich, zu einem ausgeglichenen Ergebnis zu kommen. Bezüglich der von den britischen Regionen gestellten Anträge (vor Ort verteiltes Papier mit der Überschrift «Vorschlag in Sachen Verwaltung»), weist er darauf hin, dass innerhalb des Netzwerkes bereits entsprechend verfahren wird. Für die Regionen mit Zahlungsschwierigkeiten müsse die CRPM über klare Richtlinien verfügen, aber einigermaßen flexibel bleiben, ohne sich jedoch der Gefahr des Missbrauchs auszusetzen. Bezüglich der Beiträge meint er, man könne nicht einerseits auf Ausgleich bestehen und andererseits eine Herabsetzung der Beiträge wünschen. Die Regel, sich an die europäische Inflationsrate zu halten, habe sich bis jetzt bewährt und Claudio Martini schlägt vor, sie weiterhin zu befolgen.

Was das FOGAR betrifft, erinnert er daran, dass in Bezug auf den Beitritt der CRPM zu diesem Forum klare politische Entscheidungen gefallen sind. Diese Frage müsse nun als erledigt gelten. **Herr Martini** weist noch einmal darauf hin, dass er an den Hauptversammlungen der Ostsee- und der Nordsee-Kommission teilgenommen hat, um diese Punkte 2008 zu erläutern und darüber zu diskutieren. Auch die übrigen Netzwerke, die zum FOGAR gehören, haben sich für das Jahr 2010 dazu verpflichtet, das FOGAR zu finanzieren. Es scheine schwierig, unsere Partner zur Leistung eines finanziellen Beitrags zu überzeugen, wenn wir uns selber dazu weigern. Er fügt hinzu, es wäre bedauerlich, sich nach all den Bemühungen um eine Stimme der Regionen auf dem globalen Parkett gerade aus der Organisation zurückzuziehen, die uns diese Stimme verleiht. Die CRPM könne ab 2011 auf all diese Punkte zurückkommen, aber für 2010 sollten die unterbreiteten Vorschläge angenommen werden.

Herr Rainer KOSMIDER (Mecklenburg-Vorpommern) dankt **Herrn Martini** und möchte wissen, bis wann die CRPM das FOGAR unterstützen und in welchem Jahr genau die Übergangszeit enden wird. In der kommenden Vorstandssitzung würde er außerdem gerne genauere Angaben über den Umfang der personellen Ressourcen, welche die CRPM dem FOGAR zur Verfügung stellen soll.

Herr Poul MÜLLER (Midtjylland) dankt **Herrn Martini** und meint, selbstverständlich betrachte er die internationale Zusammenarbeit als nützlich, aber er bezweifle, dass das FOGAR die sinnvollste Möglichkeit sei, diese zu bewerkstelligen. Er schlägt eine Vertagung der Diskussion vor. In der nächsten Sitzung des Politischen Vorstandes Anfang 2010 könne darüber entschieden werden.

Herr Claudio MARTINI möchte wirklich zu einem Konsens kommen. Er werde den Vorschlag von **Herrn Poul Müller** berücksichtigen, aber man solle wirklich diese Diskussion um das FOGAR beenden und bei der Versammlung von Göteborg ein Budget 2010 vorlegen, wie in der Satzung der Konferenz vorgegeben. Die Versammlung des vorigen Jahres verabschiedete den Haushalt des darauffolgenden Jahres.

Herr Poul MÜLLER (Midtjylland) meint, es ginge um das Prinzip. Es wurde beschlossen, CRPM und FOGAR ab 2010 vollständig voneinander zu trennen. Es sei also legitim, den Punkt noch einmal zur Sprache zu bringen.

Herr Xavier GIZARD erinnert daran, dass die für das FOGAR aufgewendete Arbeitszeit etwa 4% der Gehälter im Jahr 2009 entspricht. Er gibt ebenfalls an, das Netzwerk nrg4SD habe über lange Zeit ein Defizit aufgewiesen, und die Verbindung CRPM/nrg4SD würde erst 2010 aufgelöst werden. Angesichts der Dringlichkeit der Klimafragen und der Notwendigkeit, den Regionen zu diesen Punkten Gehör zu verschaffen, war diese Unterstützung notwendig. Um das FOGAR an den Start zu bringen, müsse es auch noch 2010 unterstützt werden, um es dann 2011 in die vollständige Unabhängigkeit zu entlassen. Die finanzielle Unabhängigkeit sei bereits gegeben.

Herr Claudio MARTINI schlägt vor, die Debatte abzuschließen. Er antwortet **Herrn Rainer Kosmider (Mecklenburg-Vorpommern)**, 2010 sei das letzte Jahr der Übergangsperiode. Er unterstütze den Vorschlag, während der nächsten Vorstandssitzung auf die Zusammenarbeit mit den globalen Netzwerken zurückzukommen. Auf gute Zusammenarbeit bedacht schlägt er also vor, diese Debatte noch einmal aufzugreifen, aber jeder sollte darauf vorbereitet sein und klare Vorschläge mitbringen. Was versteht man genau unter Unabhängigkeit der beiden Netzwerke ab 2011? Wird ab diesem Zeitpunkt überhaupt kein Beitrag mehr entrichtet? Wird weiterhin ein Beitrag gezahlt, aber kein Personal mehr zur Verfügung gestellt? Die kommenden Monate müssten zu einem Gedankenaustausch diesbezüglich genutzt werden. Auch **Herr Martini** wünscht Klarheit und Besonnenheit innerhalb der Konferenz. Er verpflichtet sich zu dieser Debatte über einen ausgeglichenen Haushalt und über das FOGAR.

Entscheidungen

Der Jahresabschluss 2008 wird angenommen.

Der Haushaltsplan für 2010 wird mit 5 (fünf) Enthaltungen angenommen.

2- Verabschiedung der Entwürfe für die Abschlusserklärung und die begleitenden Beschlüsse

Aufgrund der Verzögerung im Zeitplan präsentiert **Herr Jean-Didier HACHE (CRPM/CDI)** rasch die Änderungsvorschläge, die der für die Beschlüsse zuständige Arbeitsgruppe vorgelegt wurden. Die Entscheidung über die Alternativen bei zwei Änderungsvorschlägen wird der Hauptversammlung überlassen.

3- Prüfung der Beitrittsgesuche und Löschanträge

Die Aufnahme der Region Zuid-Holland (Niederlande) wird einstimmig angenommen.

Die Löschung der Region Chaouia-Ouardiga (Marokko) von der Liste der Mitglieder, weil sie noch nie ihre Beiträge entrichtet hat, wird einstimmig angenommen.

4- Vereinbarungen zwischen der CRPM, dem nrg4SD, der CVAA und dem FOGAR

Herr Xavier GIZARD schlägt vor, das Prinzip einzuführen, Vereinbarungen zwischen der CRPM einerseits, und der CVAA (Konferenz der Städte des Atlantikbogens), dem FOGAR (Forum Global d'Associations de Régions) und dem nrg4SD (Network of Regional Governments for Sustainable Development), andererseits zu treffen.

Herr Rainer KOSMIDER (Mecklenburg-Vorpommern) betrachtet diesen Vorschlag als überflüssig, da gerade über keinerlei Vereinbarung abgestimmt werden soll.

Herr Xavier GIZARD bittet darum, dass dieses Prinzip schriftlich festgehalten wird. Dazu gibt es keine Einwände.

5- Prüfung und Abstimmung über einen Änderungsantrag bezüglich der Organisationscharta

Herr Xavier GIZARD weist auf den Vorschlag hin, eine neue Bestimmung bezüglich des Generalsekretärs der CRPM einzuführen. Die Person, die das Amt bekleidet, soll sich von nun an alle 5 Jahre einem Vertrauensvotum seitens des Politischen Vorstands und der Hauptversammlung der Konferenz unterziehen. Der Wortlaut der Organisationscharta wird entsprechend abgeändert.

Die Änderung wird einstimmig angenommen.

6- Kommende Sitzungen des Politischen Vorstandes

Am 15/16. Februar in Oviedo (Asturien, Spanien) und am 11. Juni in Troms (Norwegen)

Freitag, 2. Oktober 2009

SESSION 5: ENTWICKLUNG, KLIMAWANDEL UND ENERGIEN

Die Verhandlungen von Kopenhagen

Zur Einleitung richtet **Herr François DESRENTES (CRPM)** den Blick auf die zwei Abschnitte der Klimafrage: Abschwächung und Anpassung, mit einem Hinweis auf die Dringlichkeit des Zweiten. Für die Regionen der CRPM sei es von großem Vorteil, sich in hohem Maße in die Debatte einzubringen, denn sie gehören zu den anfälligsten und am stärksten bedrohten Landstriche. Die Mobilisierung müsse auf zwei Ebenen organisiert werden.

Auf europäischer Ebene müsse die Debatte direkt über die CRPM angegangen werden. Auf globaler Ebene solle das Netzwerk nrg4SD als Überbringer der Botschaft der Regionen an die CoP 15 von Kopenhagen fungieren. Konkret hieße das, dafür zu sorgen, dass in den Verhandlungspapieren einige Male auf die Regionen Bezug genommen wird, damit diese in Zukunft Zugang zu den Informationen und zur Finanzierung bekommen.

Das Weißbuch der EU zur Anpassung an den Klimawandel

Herr Peter GAMMELTOFT (Europäische Kommission – GD Umwelt) stellt die vier Säulen des Weißbuchs der europäischen Kommission zur Anpassung an den Klimawandel vor: Die Verbesserung der Wissensgrundlagen, der integrierte Ansatz, die Reflexion über die Nutzung der Werkzeuge der europäischen Finanzierung und die internationale Debatte.

Diskussion

Herr Roland ANDERSSON (Västra Götaland) meint, es sei wichtig für die Regionen, eine Rolle im Abkommen der CoP15 zu spielen, weil sich die nationalen und regionalen Bemühungen als wirkungsvoll erweisen können. Die Anpassung sei teuer, aber die Kosten einer Nicht-Anpassung seien noch viel höher. Die Investitionsausgaben müssten positiv als einen arbeitsbeschaffenden Umstand betrachtet werden.

Herr Angel CORTADELLES (Catalunya) informiert die Mitglieder über den Ablauf des Gipfels der regionalen Machthaber für den Klimawandel, der in Los Angeles zur gleichen Zeit wie die Hauptversammlung der CRPM stattfindet. Er erwähnt ebenfalls das Treffen der Kopräsidenten von nrg4SD mit dem algerischen Umweltminister. Als Sprecher der Gruppe «Afrika» im Rahmen der Vorbereitung der CoP15 habe ihnen letzterer versichert, diese Gruppe werde sich für eine Bezugnahme auf die regionalen Körperschaften in der Abschlusserklärung von Kopenhagen einsetzen. Herr Cortadelles ruft also die Mitglieder der CRPM dazu auf, Druck auf ihre jeweiligen nationalen Regierungen auszuüben, damit diese den algerischen Vertreter bis zu den Verhandlungen von Kopenhagen unterstützen.

Frau Rinske KRUISINGA (Noord-Holland) erinnert daran, dass 40% der niederländischen Bevölkerung an der Küste lebt. Diese Bevölkerung sei durch den Anstieg des Meeresspiegels bedroht und komme bei diesem Problem an die Grenzen der traditionellen technischen Möglichkeiten. Deshalb werden heute die Möglichkeiten untersucht, sehr große Sandstrände zu schaffen und neue Nationalparks als Naturschutzgebiete auszuweisen.

Herr Jérôme POLVERINI (Korsika) macht noch einmal auf einige Punkte aufmerksam:

- Unterschiedliche Herausforderungen und Antworten je nach Regionen und geografischen Zonen rechtfertigen die Involvierung der Gebietskörperschaften in Kopenhagen;
- bei der Generalrevision der öffentlichen Politiken solle man sich an die Theorie des «kleineren Nachteils» halten;
- unter anderem im Falle der Inselgebiete solle man zu Abweichungen von der allgemeinen Regel bereit sein.

Herr Jonathan GLEN (Hampshire) sieht ein, dass es notwendig ist, im globalen Maßstab zu agieren, was neue Arbeitsmethoden innerhalb der CRPM voraussetzen würde. Er schlägt außerdem vor, dass zwei gewählte Vertreter das Dossier Klimawandel verfolgen. Der eine wäre für die Reduzierung der CO₂-Emissionen, der andere für die Anpassung an die Veränderungen zuständig.

Herr Erik BERGKVIST (Västerbotten) meint, die Anpassung an den Klimawandel müsse als eine Gelegenheit wahrgenommen werden, noch andere Probleme als die im Zusammenhang mit den Klimaveränderungen zu lösen, das Ganze mit Hilfe eines integrierten Ansatzes. In dieser Hinsicht hält er das Weißbuch für hervorragend und denkt, es sei wichtig, die Regionen eine Rolle darin spielen zu lassen. Abschließend erinnert er daran, dass wenn der Klimawandel tatsächlich starke Auswirkungen auf die Küstengebiete hat, so gelte dies genauso für andere Regionen wie im Norden Schwedens zum Beispiel.

Herr François MAÏTIA (Aquitanien) macht die Teilnehmer auf die Frage der Wälder aufmerksam. Er gibt zu Bedenken, dass der Sturm, der im Januar 2009 in dem Gebiet der „Landes“ (Schwemmlandebene in SW Frankreich) gewütet hat, keine lokale, sondern ein kontinentale Katastrophe sei, denn mit dem Wald wurde dabei eine große Kohlenstoffsенke zerstört. Heute stehe die Wiederaufforstung in diesem Landstrich zur Diskussion. Er ruft zur Einrichtung einer Kohlenstoff-Kompensierungskasse auf, die man für den Wiederaufbau des Waldes verwenden würde.

Ein Vertreter bedauert, dass im Weißbuch nicht auf das Kulturerbe Küsten und Flüsse Bezug genommen wird.

Herr Peter GRANT (Fife) ist der Ansicht, Europa und die entwickelten Länder allgemein seien moralisch verpflichtet, in neue Techniken zu investieren, um den Entwicklungsländern im Umgang mit dem Klimawandel zu helfen.

Herr Christian BRUNS (Bremen) möchte es nicht dazu kommen lassen, dass die Antwort auf den Klimawandel und die Suche nach einem Ausweg aus der Krise sich gegenseitig behindern, und äußert seine Freude darüber, dass die Regionen den Klimawandel auch als Gelegenheit wahrnehmen.

Herr Peter GAMMELTOFT (Europäische Kommission - GD Umwelt) schließt die Session mit dem Hinweis ab, die Wirtschaft könne sowieso nicht an den Platz von politischen Entscheidungen treten, und der Kampf gegen den Klimawandel setze auch eine Veränderung der Mentalitäten voraus, wie es sich am Beispiel der Wassernutzung im Mittelmeerraum zeigt.

Herr Claudio MARTINI hatte eine Unterredung mit den Vertretern von Hampshire wegen ihres Antrags zur Änderung des Entwurfs für die «Politische Stellungnahme» zum Klimawandel. Die Änderung betrifft die Ernennung zweier Vertreter des Politischen Vorstandes, wobei der eine sich mit der Abschwächung und der andere mit der Anpassung befassen soll. Die Präsidentschaft der CRPM stimmt der Änderung zu.

Die Politische Stellungnahme wird angenommen.

SESSION 6 : DAS MEER UND DIE MARITIME POLITIK IN EINER NEUEN ENTWICKLUNGSPHASE

Als Vertreter von Herrn Jean-Yves Le Drian (Bretagne) berichtet **Herr Patrice CAROLLO** über die Arbeitsgruppe Aquamarina, die im Jahr 2007 gebildet wurde und die heute erstmals Bilanz zieht. Mehrere umfangreiche Dossiers wurden bearbeitet, wie die europäische Strategie für die Meeres- und die maritime Forschung, der Seeverkehr, die maritime Planung und die GFP. Weitere Dossiers müssten noch untersucht werden, darunter der soziale und humane Abschnitt der Meerespolitik und die Ausbildungswege im maritimem Sektor. Aquamarina werde ihre Arbeit fortsetzen und sich dabei unter anderem mit der Frage der *Cluster*, mit der maritimen Ausbildung oder Sicherheit befassen, letzteres in Zusammenarbeit mit der europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs. In diesem Bereich schlägt Herr Carollo die Bildung einer Arbeitsgruppe innerhalb der CRPM vor. Aufgabe dieser Gruppe wäre es, ein Maßnahmenpaket zur Abwehr der neuen maritimen Gefahren auszuarbeiten. Außerdem müsste man sich in der Plenarsitzung von Aquamarina Anfang 2010 Gedanken über neue Organisationsformen für die Gruppe machen.

Mit dem Rückgang der Schiffsfracht und der Auslastung der Häfen, des Verbrauchs an Fischereierzeugnissen und der Aufträge an die Werften bekomme der maritime Sektor die Krise hart zu spüren. Wie es Professor Juan Luis Suarez de Vivero bei der Sitzung von Aquamarina im Juni 2009 formulierte, zwingt sich der maritimen Politik ein neues Paradigma auf, um sie auf die neuen Herausforderungen in Verbindung mit der Krise und dem Klimawandel einzustellen. Die künftige maritime Politik müsse stärkere Verbindungen mit den Regionen, der regionalen Dimension und der territorialen

Kohäsion eingehen. Dazu sei auf allen Ebenen politische Arbeit notwendig. Bis jetzt haben die europäischen Institutionen sowie der Ausschuss der Regionen mitgespielt.

Herr Paul NEMITZ (Europäische Kommission - GD Mare) weist darauf hin, dass der maritime Sektor unter der Krise leidet. Die rückläufigen Aufträge der Werften, die Energiekosten, der Rückgang des Tourismus und die Schwierigkeiten der Fischerei würden ihm zusetzen. Der Präsident der europäischen Kommission habe das europäische Parlament darauf hingewiesen, dass die maritime Politik zu seinen Prioritäten zählen werde. Die erzielten Fortschritte seien im Zwischenbericht vom 15. Oktober 2009, der bei der Tagung des Rates im November 2009 berücksichtigt werden sollte, festgehalten. Bis jetzt habe Europa ihre maritime Politik mehr über die Governance als über gesetzliche Regelungen entwickelt. Ähnlich werde in den Mitgliedstaaten und in manchen Regionen wie Asturien, Schleswig Holstein oder Västra Götaland vorgegangen und auch die USA würden sich von diesen Ansätzen inspirieren lassen.

Die spanische Ratspräsidentschaft werde unter anderem der Innovation Priorität einräumen. Die neue europäische Kommission werde vor allem durch eine bessere Governance den Küstenzonen bei ihrer wirtschaftlichen Innovation helfen müssen.

Die maritime Politik habe auch bei den Makroregionen wie das Baltikum Fortschritte gemacht. Eine Strategie für die Arktis sei ebenfalls in Vorbereitung, sowie ein Papier über die Governance im Mittelmeerraum, das im November 2009 veröffentlicht wird.

Die maritime Politik werde in bestimmten Bereichen wie zum Beispiel Verkehr innovationsfördernd wirken müssen. Sie müsse außerdem zum maritimen Arm der europäischen Politiken in Sachen Innovation werden, zum Beispiel in der Frage der *Cluster*. Die europäische Kommission werde mit der CRPM zu diesen Themen zusammenarbeiten.

Herr Vincente ÁLVAREZ ARECES (Asturien) merkt an, dass die nächsten „europäischen Tage des Meeres“ in Gijón im Mai 2010 stattfinden werden. Es werde sich um ein wichtiges Ereignis handeln, an dem die spanische Ratspräsidentschaft teilnehmen wird. Seit mehreren Jahren sei die europäische Kommission bestrebt, verschiedene Sektorpolitiken in die maritime Politik zu integrieren. Die Region Asturien sei dabei Wegbereiter gewesen, unter anderem mit dem sogenannten Marea-Plan. Dieser Plan habe zahlreiche Schwerpunkte aufzuweisen. An der Seite der europäischen Institutionen und der nationalen Ebene sei die regionale Ebene stark in die Umsetzung der maritimen Strategie involviert. Die Regionalpolitik und das Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung zählen zu den Hauptfinanzierungsquellen.

Darüber hinaus appelliert **Herr Vincente ÁLVAREZ ARECES** an die europäische Kommission für eine europäische Strategie zugunsten des Atlantikbogens. Diese für den Atlantikbogen notwendige Strategie wäre dazu bestimmt, wichtige Themen wie Kohäsion, maritime Politik oder Forschung in sich zu vereinen.

Diskussion

Herr Jérôme POLVERINI (Korsika) meint, die Bemühungen zum Schutz der Artenvielfalt im Mittelmeerraum, unter anderem mit den Paketen Erika und Natura 2000, seien immer noch unzureichend. Es müsse verstärkt an der Einrichtung von Meeresschutzgebieten gearbeitet werden, und es werden Initiativen gebraucht, wie die von Frankreich, das seine ausschließliche Wirtschaftszone im Mittelmeer erweitert hat.

Herr Bo LÖFGREN (Blekinge) berichtet dass seine Region, die mit Piraterieproblemen zu kämpfen hat, sich mit der Frage der Sicherheit in der Ostsee und der Arktis beschäftigt. Blekinge werde in der kommenden Woche der Gastgeber einer Konferenz über die Sicherheit des Seeverkehrs sein. Die Regelung im Seeverkehr seien zur Zeit einem starken Wandel unterworfen, zum Beispiel mit dem Übereinkommen für die Kontrolle und das Management des Wassers und der Sedimente oder mit Initiativen, die auf den Schiffsverkehr Einfluss nehmen wollen. Als interessanter Punkt für die Zukunft seien dank der CRPM einige Entwicklungen zustande gekommen. Deshalb sollte die CRPM einen ständigen Vertreter bei der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation haben.

Herr Philippe BONNEAU (Basse-Normandie) bemerkt, es sei das erste Mal dass eine geografische Kommission der CRPM - in diesem Falle die Atlantikbogen-Kommission - die Hauptversammlung um ihre Unterstützung bei der Entwicklung einer integrierten Strategie bittet. Er gibt an, dass der Atlantikbogen 60 Millionen Einwohner zählt, also 12% der Bevölkerung der europäischen Union ausmacht, und dass seine Küsten sich auf 2500 Kilometer erstrecken. In einem Beschluss, den sie in der Sitzung von Göteborg

präsentiert hat, habe die Atlantikbogen-Kommission um die Entwicklung einer europäischen Strategie für den Atlantikbogen gebeten. Der Beschluss sei einstimmig angenommen worden.

Frau Gunn Marit HELGESEN (Telemark/NSC) weist darauf hin, dass die Nordsee-Kommission der CRPM die Entwicklung einer integrierten Strategie starte. Dazu werde es Anfang 2010 eine Konferenz geben, zu der die Europäische Kommission herzlich eingeladen ist.

Herr Michel DELEBARRE (Ausschuss der Regionen) weist darauf hin, dass die großen Schritte in der maritimen Politik die volle Unterstützung der europäischen Kommission erfordert haben. Die Initiativen der Region Asturien seien beispielhaft. Die europäische Kommission müsse nun die Bildung einer zwischenparlamentarischen Gruppe zur Frage des Meeres unterstützen. **Herr Michel Delebarre** würdigt die Arbeit von Kommissar Joe Borg und wünscht, dass die maritime Politik nicht auf mehrere Kommissare zersplittert wird.

Herr Emilio MARTIN BAUZA (European Maritime Safety Agency) gratuliert der CRPM für ihren Einsatz in Sachen maritime Sicherheit.

Herr Paul NEMITZ (europäische Kommission - GD Mare) wünscht, dass die CRPM ihre Bemühungen um die Bildung einer interfraktionellen parlamentarischen Arbeitsgruppe zum Thema Meer fortsetze.

Herr Patrick ANVROIN (CRPM) teilt mit, dass eine erste Versammlung für die an der interfraktionellen parlamentarischen Arbeitsgruppe zum Thema Meer interessierten Europaabgeordneten am 8. Oktober 2009 stattfinden werde. Die CRPM würde gegebenenfalls die Arbeit dieser Gruppe mitgestalten. Er bedankt sich bei **Herrn Xavier Gizard** für die Arbeit der letzten Jahre.

DAS GRÜNBUCH FÜR EINE NACHHALTIGE FISCHEREI

Herr Jean-Claude CUEFF (europäische Kommission) dankt der CRPM für ihre Mitwirkung an der Debatte über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik. Die Reform von 2002 habe nicht die erhofften Ergebnisse gebracht und neue Herausforderungen wie der Klimawandel, die Energiekrise und die finanzielle Krise seien auf den Plan getreten. Außerdem gäbe es immer noch Überfischung, die Aquakultur stecke in Schwierigkeiten und die Fischereiflotten seien nicht rentabel genug.

Die neue Politik soll dazu verhelfen, die Ökosysteme der Meere wieder herzustellen, die Versorgung der europäischen Märkte für Fischereiprodukte zu gewährleisten, eine nachhaltigere Entwicklung zu garantieren, die Regelungen zu vereinfachen und eine externe Dimension aufrecht zu erhalten. Es müsse mehr Verantwortung übernommen werden, um damit zu einer stärkeren Regionalisierung der europäischen Politik zu gelangen. Dies könnte in erster Linie über eine stärkere Rolle der regionalen Beratungsausschüsse und durch die Bildung von Ausschüssen für die einzelnen Meeresbecken, mit Vertretern der Mitgliedstaaten und der übrigen Akteure geschehen. Außerdem wäre dafür zu sorgen, dass die Umsetzung der Entscheidungen an die Kommission und die regionale Ebene delegiert wird, dass die Markteinführung der Fangrechte - die positive Auswirkungen hat - nicht die Arbeitsplätze in der Küstenfischerei zurückgehen lasse, und dass mehr auf die Umwelt geachtet werde, unter anderem mit Blick auf den Schutz bestimmter Arten. Die regionale Dimension bleibe von Bedeutung, unter anderem mit der Rolle der regionalen Beschäftigungspolitik der europäischen Union. Und schließlich werde die GFP auch in Zukunft die Knüpfung von Beziehungen mit Drittländern ermöglichen. Die nächste Konsultation der europäischen Kommission werde Gelegenheit bieten, sich mit diesen Themen auseinander zu setzen.

Als Berichterstatter für den Ausschuss der Regionen teilt **Herr Ramón Luis VALCAREL SISO (Murcia)** mit, dass der Bericht des AdR im Dezember 2009 angenommen wird. Die Städte und Regionen werden im Rahmen der von der europäischen Kommission organisierten Befragung einiges zu sagen haben. Das Grünbuch zur Fischerei zeige die Notwendigkeit auf, die Kapazitäten einzuschränken, die Umwelt zu schützen und die Rückwürfe zu reduzieren. Es sehe auch differenzierte Auflagen für die Küstenflotten vor. Die Region Murcia unterstütze diese Idee. Die GFP weise zahlreiche Wechselwirkungen mit den einzelstaatlichen und den regionalen Politiken auf. Seitens der CRPM habe es mehrere Initiativen in Verbindung mit der Fischerei gegeben. In Schlüsselfragen wie der des Klimawandels müsse man vorwärts kommen, und dabei um die Verfolgung von politischen Zielen und den Ausbau einer Kooperationskultur bemüht sein. Um die wirtschaftlichen Leistungen des Sektors zu verbessern, werden zusätzliche Mittel gebraucht, und dabei sollten andere Aspekte, wie z.B. gesundheitliche, nicht außer Acht gelassen werden. Zum Schluss bedankt sich Herr Ramón Luis Valcarcel Siso bei Xavier Gizard für dessen Einsatz im Laufe der letzten Jahre.

Herr Leslie ANGUS (Shetland) meint, die Revision der GFP sollte sich an die Grundsätze aus dem betreffenden Papier des Generalsekretariats der CRPM anlehnen. Er bedauert das Fehlen langfristiger politischer Zielsetzungen, die mangelnden Verbindungen mit der Industrie und den mangelnden politischen Willen zur Durchsetzung der nationalen Vorschriften bei den Mitgliedstaaten. Darin stimmt er mit dem Grünbuch überein. Die Gesamtheit der Interessenvertreter sollte besser in die Governance der GFP einbezogen werden. Die sozioökonomischen Fragen sollten auch angesprochen werden, sowie die Probleme der Küstenzonen und die Rolle der Wissenschaft. Der Text der CRPM diene hier also als Arbeitsgrundlage.

Diskussion

Herr François MAÏTIA (Aquitainen) weist darauf hin, dass die GFP nur 0,9% des europäischen Haushalts ausmache. Der Fischereisektor brauche die öffentlichen Gelder. Die französischen Regionen stimmen der CRPM zu, wenn diese beteuert, dass die Fischereiresourcen ein Gemeingut seien, die von der öffentlichen Hand verwaltet werden müssen. Die Regionen würden von der europäischen Kommission Vorschläge zu den Fischfangrechten erwarten. Nach Ansicht der französischen Regionen könnte man mit einem öffentlichen Management den Handel mit den Fangrechten vermeiden. Eine mögliche Lösung wäre das Management durch die Erzeugerverbände, welche für die Verwaltung von Individualrechten zuständig wären. Darüber hinaus sollten die Regionen in den regionalen Beratungsausschüssen eine größere Rolle übernehmen und diese sollten weiter von der europäischen Union finanziell unterstützt werden.

Weitere Faktoren wie die Umweltverschmutzung und die übrigen maritimen Tätigkeiten hätten Konsequenzen für die Ressourcen und müssten berücksichtigt werden. Parallel dazu müsse die Frage des Umgangs mit den Arten in einer Langzeitperspektive angegangen werden. Dabei sollte man vermeiden, die Lösung bevorzugt in der Verschrottung von Schiffen zu suchen. Die Achse 4 des europäischen Fischereifonds müsse verstärkt werden.

Herr Roland ANDERSSON (Västra Götaland) weist nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, den Rückwürfen ins Meer ein Ende zu machen, die illegale Fischerei besser zu kontrollieren, der nachhaltigen Entwicklung mehr Bedeutung zu verleihen, die kleingewerbliche Fischerei zu unterstützen und auf ökologische Produkte zu setzen.

Herr Leslie ANGUS (Shetland) findet es schockierend, dass so viele tote Fische ins Meer zurückgeworfen werden. Er hofft, der Rat der europäischen Union werde zu diesem Punkt Beschlüsse fassen, und die CRPM darauf Einfluss nehmen. Er meint, die Sachnotizen des Generalsekretariats der CRPM zur GFP seien eine gute Arbeitsgrundlage.

Ein Vertreter von Norrbotten meint, die Hauptversammlung sollte sich für die sofortige Einstellung dieser Praxis der Rückwürfe ins Meer aussprechen. Das Grünbuch sei für die Anregung einer Mitwirkung der Bürger an der Debatte wichtig.

Herr Jérôme POLVERINI erklärt, er habe Verständnis für die Regionalisierung der GFP und die Berücksichtigung der Problematik der kleingewerblichen Küstenfischerei. Er freut sich über die Bezugnahme auf das Projekt MAREMED im Papier der CRPM. Dieses Projekt beziehe sich auf die getrennte Bewirtschaftung der Meeresbecken und auf geschützte Zonen zum Zwecke der Erhaltung der Fischpopulationen. Anschließend macht er darauf aufmerksam, dass die Fänge, die auf den Angeltourismus zurückgehen auch geregelt werden müssen.

Herr Fernando Antonio FERNÁNDEZ DOMONTE (Galicien) bezieht sich auf den Wunsch einiger Regionen, die Interkom-Gruppe Fischerei solle das Papier der CRPM *«Die Alternativen der CRPM in Sachen Reform der GFP»* noch weiter ausarbeiten. Er meint, die Arbeitsgruppe sei zu einem Konsens gelangt, und bei jedem Zusatzaufwand solle man einen realistischen und praktischen Zeitplan im Auge behalten.

Herr Kent GUDMUNDSEN (Troms) beteuert, die Regionen haben eine langfristige Verantwortung in Sachen Bewirtschaftung der Fischbestände. Aufgrund von wirksameren Maßnahmen (Fangbescheinigungen, Langzeitpläne für den Küstenkabeljau, Verbot der Rückwürfe) seien die Fischbestände in Norwegen gesünder als in der EU.

Herr John LAMB (East of England Regional Assembly) erinnert daran, dass es bei den Fischereifloten mehrere Größen gibt, und man sie einzeln betrachten müsste. Schiffe, die nicht die Norm erfüllen, müssten angehalten werden. Er möchte eine nachhaltige Industriefischerei, aber glaube nicht, dass dies in der jetzigen Situation machbar sei.

Die Politische Stellungnahme des Generalsekretariats der CRPM «Die Alternativen der CRPM in Sachen Reform der GFP» wird angenommen. Sie bleibt jedoch noch offen, und muss durch die Äußerungen während der Diskussionen ergänzt werden. Die Interkom-Gruppe Fischerei wird mit dieser Aufgabe betraut.

Ansprache von Herrn Michel DELEBARRE, 1. Vize-Präsident des Ausschusses der Regionen

Herr Michel DELEBARRE (Ausschuss der Regionen) meint, die CRPM habe schon immer visionäre Fähigkeiten bewiesen, was die Entwicklung der europäischen Politiken betrifft. Die Verbindung zwischen der europäischen Union und den Regionen werde heute durch die Fragen der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon, der Multi-Level-Governance und der Zukunft der Kohäsionspolitik geprägt.

Für den Ausschuss der Regionen bedeute der Vertrag von Lissabon einen Neuanfang, denn er führe eine horizontale soziale Klausel ein, verstärke die Initiativen der Bevölkerung, sanktioniere die Grundsätze der regionalen Autonomie, festige die Subsidiarität und verleihe dem AdR das Recht, sich an den europäischen Gerichtshof zu wenden, wenn er der Meinung ist, das Subsidiaritätsprinzip werde nicht befolgt. Der Vertrag führe schließlich die territoriale Kohäsion als Maßstab der Reform aller Politiken, die auf mehreren Ebenen angesiedelt sind, ein.

Im Bereich Multi-Level-Governance sollten Fortschritte erreicht werden, und die spanischen Regionen sollten in diesem Sinne bei der zukünftigen spanischen EU-Ratspräsidentschaft Druck machen. Der Ausschuss der Regionen habe vor Kurzem die Verabschiedung einer „Multi-Level-Charta“ vorgeschlagen. Diese würde sich mit dem von der CRPM angestrebten Territorialpakt decken.

Weiter müsse vermieden werden, den Fokus einzig auf die wirtschaftliche Dimension der Regionalpolitik, auf die krisenbedingten technischen Schwierigkeiten und die Erfüllungsquoten zu richten. Es sei im Gegenteil erforderlich, sich auf die Ziele zu konzentrieren, bevor man sich mit den Beträgen beschäftige. In dieser Hinsicht sei der Barca-Bericht interessant, denn er schildere die Ergebnisse mit Bezug auf die Zielsetzungen und hebe die notwendige Anpassung der Politiken an die Gebiete hervor. Alle Politiken, die in Verbindung mit der Kohäsionspolitik stehen, müssten als Ganzes angegangen werden und die Kohäsionspolitik dürfe nicht als Anpassungsvariable dienen. Zuletzt äußert sich Herr Delebarre noch über den öffentlichen Dienst als ein wichtiges Element der territorialen Kohäsion, das übrigens in der neuesten Mitteilung der europäischen Kommission über die Indikatoren berücksichtigt werde.

SESSION 7: DIE BETEILIGUNG DER CRPM AN DEN PERSPEKTIVEN DER SPANISCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Herr Alejandro ABELLÁN vom spanischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Kooperation, Generaldirektor im Staatssekretariat für die EU, erinnert daran, dass Spanien die EU-Ratspräsidentschaft in einer Zeit übernimmt, die von der Institutionsreform der EU, einer neuen Amtszeit für das europäische Parlament und für die europäische Kommission, sowie durch den Weg aus der Krise und das «Nach-Kopenhagen» geprägt ist.

Er schildert ausführlich die sieben Prioritäten der künftigen Präsidentschaft:

- wirtschaftliche und finanzielle Aktion, um aus der Krise heraus zu kommen;
- Vorbereitung der EU-Strategie, die als Ablösung der Strategie von Lissabon kommen soll;
- Übergang zu einem europäischen Wachstumsmodell mit Reduzierung der CO2-Emissionen;
- Im Bereich Justiz und innere Angelegenheiten, Aktualisierung des Programms von Den Haag;
- Überlegungen zur Rolle der EU als globaler Akteur;
- Implementierung der institutionellen Reform mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon;
- Anstöße für eine integrierte europäische Seeverkehrspolitik.

Diskussion

Herr Claudio MARTINI macht noch einmal auf die Bedeutung der spanischen Ratspräsidentschaft aufmerksam, insofern diese Präsidentschaft traditionsgemäß den Regionen und den maritimen Angelegenheiten nahe stehe.

Herr Xavier GIZARD zählt die unter spanischer Ratspräsidentschaft geplanten Ereignisse in der CRPM auf.

SESSION 8: VORSTELLUNG DER NEUEN MITGLIEDER DER CRPM

Das Bundesland Bremen, die Regionen Trabzon und Zuid-Holland stellen sich der Hauptversammlung vor.

SESSION 9: PRÜFUNG UND ABSTIMMUNG ÜBER DIE ABSCHLUSSERKLÄRUNG UND DIE BESCHLÜSSE

Herr Jean-Didier HACHE (CRPM/CDI) unterbreitet die Vorschläge zur Abänderung der Abschlusserklärung. Es wird vorgeschlagen, nur die Änderungen an den Punkten 8 und 16, bei denen die Wahl zwischen mehreren Alternativen zu treffen ist, zur Debatte zu stellen. Dieser Vorschlag wird mit zwei zusätzlichen Anmerkungen angenommen:

- Auf Vorschlag der Region **Västerbotten** wird beschlossen, im Punkt 13 ausdrücklich auf die Verantwortung der Regionen für die Organisation der Analysen zur Empfindlichkeit gegenüber dem Klimawandel zu verweisen.
- Die Region **Halland** hat nicht die Absicht, das Manifest «Aus der Krise gestärkt hervorgehen: Für einen europäischen Territorialpakt» wie unter Punkt 7 vorgeschlagen zu unterstützen. Dieser Artikel wird also mit einer Enthaltung angenommen.

Die geänderte Abschlusserklärung wird einstimmig angenommen

Bezüglich des von der Gruppe «Meeresressourcen» der Nordsee-Kommission vorgelegten Beschlusses über die Auswirkungen des Plans zur Erholung der Kabeljau-Bestände schlägt **Herr John LAMB (East of England Regional Assembly)** vor, die Bezugnahme auf Berwickshire zu streichen und einen Hinweis auf die notwendige Revision der heute kontraproduktiven Politik der Rückwürfe ins Meer hinzuzufügen. Diese Vorschläge werden akzeptiert. Der geänderte Beschluss wird einstimmig angenommen.

Der von der Atlantikbogen-Kommission vorgelegte Beschluss über die Ausarbeitung einer atlantischen Strategie wird einstimmig angenommen.

SESSION 10: HAUSHALTSENTSCHEIDUNGEN

Die Herren Yves MORVAN und Jacques BOULAU (Verwaltungsrat der CRPM) präsentieren den Bericht des Abschlussprüfers (Audit Grand Ouest) über den Jahresabschluss der CRPM zum 31. Dezember 2008.

Der Jahresabschluss weist Gesamterträge in Höhe von € 3.264.455 und Gesamtkosten in Höhe von € 3.295.874 auf. Nach Auflösung und Bildung von zweckgebundenen Fonds, nach Erfassung der außergewöhnlichen Erträge und Kosten, Auflösung und Bildung von Rückstellungen für den Wertverlust der gezahlten Beiträge, belaufe sich das Jahresergebnis auf € -28.637. Dieser Betrag werde vom Reservefonds abgezogen.

Das Ergebnis von € -28.637 liegt nahe bei den im Haushaltsplan veranschlagten € -26.964.

Herr Peter GRANT (Fife) gibt zur Kenntnis, dass die Höhe der Rücklagen nicht den Vorgaben der Organisationscharta entspricht, und fragt nach möglichen Lösungen für dieses Problem.

Herr John LAMB (East of England Regional Assembly) ist der Meinung, die Zahlenangaben zu den Beiträgen für externe Organisationen stimmen nicht mit der Budgetaufstellung überein. Hier fehle es an Transparenz. Er bittet um eine Auflistung dieser Beiträge und der Begünstigten.

Herr Claudio MARTINI kündigt an, dass bei den nächsten Hauptversammlungen mehr Zeit für die Haushaltsdebatte eingeplant werde. Außerdem werde die neuen Generalsekretärin Vorschläge in Bezug auf die Anpassung der Charta unterbreiten.

Herr Yves MORVAN ist der Ansicht, die Charta müsse geändert werden, und weist darauf hin, dass die Aufwendungen aus dem allgemeinen Budget der CRPM für externe Organisationen, für die geografischen Kommissionen und die Kooperationsprogramme ausführlich dargelegt und vom Politischen Vorstand genehmigt sind.

Herr Claudio MARTINI bittet um Abstimmung darüber. Die Hauptversammlung nimmt den Bericht zum Jahresabschluss 2008 der CRPM mit 7 Enthaltungen an.

Herr Jacques BOULAU teilt mit, der Haushalt 2009 entwickle sich normal. In diesem Jahr seien zwei neue Regionen (Bremen und Trabzon) der Konferenz beigetreten und es konnten Rückstellungen aufgelöst werden.

Die finanziellen Erträge aus den angelegten Geldern werden geringer ausfallen als in den Jahren davor. Dies hänge mit den Auswirkungen der Krise auf die Verzinsung zusammen. Die Einnahmen aus den Kooperationsprogrammen werden geringer sein als erwartet (circa € 80.000, anstatt der € 120.000 aus dem in Bayonne 2008 beschlossenen Haushaltsplan 2009). Infolgedessen seien Maßnahmen getroffen worden, um bestimmte Kosten zu begrenzen, unter anderem die Reise-, Betriebs- und Übersetzungskosten. Das voraussichtliche Defizit von € 22.500 liege unter dem Betrag, der in der Hauptversammlung von Bayonne angenommen wurde.

Herr Claudio MARTINI weist darauf hin, dass in einer Hauptversammlung nicht über den laufenden Haushalt, im diesem Falle 2009, abgestimmt werde.

Herr John LAMB (East of England Regional Assembly) fragt, warum die Beiträge für externe Organisationen auf Seite 49 mit € 2.603 angegeben sind, während auf Seite 65 des Haushaltsplans € 24.650 stehen.

Herr Peter GRANT (Fife) meint, die Zahlen sollten genauer erläutert werden, damit man den Plan mit der Ist-Situation vergleichen könne.

Herr Xavier GIZARD stellt klar, dass die Beiträge an das FOGAR und das nrg4SD für 2010 mit € 24.650 berücksichtigt werden, während sie für das Jahr 2009 separat auf Seite 49 unten aufgeführt werden.

Herr Yves MORVAN erläutert, dass sich der Haushalt 2010 aus vier einzelnen Budgets zusammenstellt, nämlich aus dem allgemeinen Budget, den Budgets der geografischen Kommissionen, dem Budget für Kooperationsprogramme und dem für die Arbeit im Rahmen von Netzwerken.

Im Haushaltsplan werden die Gesamterträge (CRPM, geografische Kommissionen, Kooperationsprogramme und Netzwerke) mit € 3.267.763 und die Gesamtkosten mit € 3.318.312 angesetzt. Nach Auflösung von zweckgebundenen Fonds belaufe sich das Ergebnis auf € -58.055. Das allgemeine Budget werde ja hauptsächlich durch die Beiträge der Regionen finanziert. Die Beitragszahlungen an die CRPM belaufen sich auf € 2.129.578 und beinhalten die vorgeschlagene 1,2-prozentige Erhöhung gemäß der europäischen Jahresinflationsrate (Eurostat).

Für 2010 wird folgender Beitragssatz vorgeschlagen:

- 0,010476 € pro Einwohner

- Mindestbeitrag für die Regionen mit weniger als 621.760 Einwohnern = 6.512 €

In der Sitzung des Politischen Vorstandes wurde die Verpflichtung eingegangen, nächstes Mal einen Haushaltsplan ohne Defizit vorzulegen.

Herr Claudio MARTINI weist darauf hin, dass der Politische Vorstand sich dazu verpflichtet habe, im nächsten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Er bestätigt auch, dass die Charta in bezug auf die Höhe der Rücklagen abgeändert wird. Schließlich weist er darauf hin, dass die Beziehungen zwischen der CRPM und den externen Organisationen anlässlich der ersten Vorstandssitzung im Jahr 2010 zur Debatte stehen werden.

Herr Rainer KOSMIDER (Mecklenburg-Vorpommern) teilt mit, dass ein Beschluss vorbereitet wurde, der dem Haushaltsplan 2010 beigelegt werden könnte, und dass dieser Beschluss von 37 Regionen unterzeichnet wurde. Er betont, dass über die Tätigkeiten der CRPM im Rahmen von externen Organisationen, vor allem im Rahmen des FOGAR, und über deren Mehrwert Klarheit herrschen muss. Er meint, es gehe nicht so sehr um finanzielle Beträge als um mangelnde Transparenz oder Verständnisschwierigkeiten. Er hebt hervor, dass der Beschluss von der Bereitschaft zum Dialog über die internationale Position der CRPM zeuge. Er sei Herrn Claudio Martini dankbar, die Besprechung dieses Punktes in der nächsten Sitzung des Politischen Vorstandes einzuplanen. Er bittet darum, dass der vorgelegte Beschluss dem Haushalt als Anhang beigelegt wird.

Herr Claudio MARTINI dankt **Herrn Rainer Kosmider** für diese konstruktive Herangehensweise. Er sei damit einverstanden, den Beschluss dem Haushalt beizufügen. Er stellt fest, bei der Diskussion gehe es eher um die Modalitäten des Beitrags zu externen Organisationen als um die Frage, ob man überhaupt einen Beitrag leisten solle. Der politische Vorstand der CRPM werde sich im Februar 2010 bei seiner Sitzung in Asturien mit diesen Fragen auseinandersetzen.

Herr Tom-Christer NILSEN (Hordaland) bittet darum, dass der Vermerk «Zur Bewilligung» durch die Hauptversammlung 2010 dem Wortlaut des oben genannten Beschlusses hinzugefügt wird (s. Anhang 1).

Herr Claudio MARTINI meint, dieser Vorschlag könne angenommen werden.

Herr Peter GRANT (Fife) wünscht, dass den kommenden Haushaltsaufstellungen eine Erklärung über die Ausführung des Budgets beigelegt werde. Er sei der Meinung, in der nächsten Erklärung sollte die vorgesehene Änderung der Charta in Bezug auf den Reservefonds vermerkt werden. Er verlangt außerdem nähere Auskünfte über den eventuellen Austritt von zwei britischen Regionen und die Tatsache, dass manche britische Grafschaften einzeln beitreten dürften.

Herr Xavier GIZARD erklärt, nach einigen verwaltungstechnischen Umgestaltungen werde nun mit den britischen Grafschaften über die Bedingungen ihrer künftigen Mitgliedschaft in der CRPM diskutiert.

Herr Claudio MARTINI bittet um Abstimmung.

Die Hauptversammlung verabschiedet einstimmig den Haushaltsplan 2010.

SESSION 11: ABSTIMMUNG ÜBER DIE ÄNDERUNGSANTRÄGE AN DER ORGANISATIONSCARTA

Herr Xavier GIZARD teilt mit, die intermediterrane Kommission der CRPM habe ihren Antrag auf Änderung der Charta in Bezug auf die volle Mitgliedschaft der Regionen, die zur Union für den Mittelmeerraum gehören, zurückgezogen. Es werde also nur ein Änderungsantrag geprüft und dieser beziehe sich auf die Verlängerung des Mandats des Generalsekretärs nach 5 Jahren.

Herr Claudio MARTINI bittet um Abstimmung darüber. Die Versammlung nimmt einstimmig diese Änderung an, die darauf abzielt, das Mandat des Generalsekretärs alle 5 Jahre zu erneuern.

SESSION 12: KOMMENDE TERMINE

Sitzungen des Politischen Vorstandes:

- 15. Februar pm/ 16 Februar am 2010 in Oviedo (Asturien, Spanien)
- 11. Juni 2010 in Troms (Norwegen)

Hauptversammlung:

- 29./30. September-1. Oktober 2010 (Aberdeen City, Vereinigtes Königreich)

ABSCHLIEßENDE SESSION

Nach einer Rede von Präsident Roland Andersson schließt Präsident Martini die Arbeitssitzungen der Hauptversammlung und bedankt sich bei allen Delegierten sowie bei der Region Västra Götaland für deren herzlichen Empfang. Er dankt auch der Region Aberdeen City, die als Gastgeber die nächste Hauptversammlung 2010 organisieren wird.

Annexe 1

SESSION 10: Budget Decisions

Addendum to the Budget 2010

Proposal:

With reference to former decisions taken it is stated that as of 2010 FOGAR should be an entity separate from CPMR. The Member regions give the Political Bureau the mandate to take a policy decision on the future scope of activities at global level at its next session in Asturias in February 2010 and submit it to the General Assembly 2010 for approval. To this aim the General Secretariat shall provide a comprehensive and systematic evaluation of the activities of CPMR at global level that were pursued since the General Assembly in Florence in 2007. This evaluation report should comprise complete information on the following aspects:

- The input of both human and financial resources to global networks as stated in the budget with a reference to the decisions of the General Assembly and the Political Bureau to authorize these activities and
- The outcome and the added value for the members that entail from these activities.

The allocation of funds in favour of the cooperation at global level as laid down in the CPMR Budget for 2010 is not to be considered to be a preliminary decision on future activities and financial contributions of CPMR as to global networks.

Courtesy Translation :

Anhang 1

SESSION 10: Haushaltsentscheidungen

Nachtrag zum Haushalt 2010

Vorschlag:

Gemäß der früheren Beschlüsse wird hiermit bestimmt, dass FOGAR und CRPM ab 2010 voneinander getrennt werden. Die Mitgliedregionen beauftragen den Politischen Vorstand, bei seiner nächsten Sitzung in Asturien im Februar 2010 eine richtungsweisende Entscheidung über den Umfang der zukünftigen Tätigkeiten der CRPM auf globaler Ebene zu treffen, und diese der Hauptversammlung von 2010 zur Genehmigung vorlegen. Zu diesem Zweck hat das Generalsekretariat eine genaue und konsequente Bewertung der Tätigkeiten der CRPM seit der Hauptversammlung von 2007 in Florenz aufzustellen. Dieser Evaluierungsbericht muss ausführliche Informationen über folgende Aspekte liefern:

- die Bereitstellung von humanen und finanziellen Ressourcen zur Unterstützung der globalen Netzwerke, wie in den Budgets festgelegt und von der Hauptversammlung und dem Politischen Vorstand genehmigt;
- das Ergebnis und der Mehrwert dieser Tätigkeiten für die Mitglieder.

Die Bereitstellung von Mitteln für die Zusammenarbeit auf globaler Ebene laut Haushaltsplan 2010 der CRPM ist nicht als Vorentscheidung über die zukünftigen Tätigkeiten und finanziellen Beiträge der CRPM zu den globalen Netzwerken zu betrachten.